

nehmen und behält sich seine weiteren Entschlüsse vor, bis er mit den Vertrauensmännern Fühlung genommen haben wird.

Das Endergebnis der Volksabstimmung in Vorarlberg.

Bregenz, 16. Mai.

Das Endergebnis der Volksabstimmung in Vorarlberg ist folgendes: Von den 70.965 Landtagswahlberechtigten stimmten 48.276 (68,1 Prozent) mit Ja, 11.551 (16,2 Prozent) mit Nein und 11.135 (15,7 Prozent) enthielten sich der Abstimmung. Von den 59.830 Abstimmenden stimmten 80,7 Prozent mit Ja und 19,3 Prozent mit Nein.

Ernennung schweizerischer Kommissionen zur Prüfung der Vorarlberger Anschlussfragen.

Berlin, 16. Mai.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Basel: Von der Eidgenossenschaft sind Kommissionen ernannt worden, welche die politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz zu prüfen haben.

Das Land Salzburg und die Friedensabordnung.

Wien, 16. Mai.

Aus Salzburg wird berichtet: Der Salzburger Landesrat ist an das deutschösterreichische Staatsamt des Außenrats in Wiederholung der bereits früher gestellten Forderung mit dem Verlangen herangetreten, seine Vertreter zur österreichischen Friedensdelegation zuzulassen. Eine neuerliche Ablehnung dieser Forderung würde den Landesrat vor die Notwendigkeit stellen, dies dem Landtage zur Kenntnis zu bringen und sein weiteres Verhalten nach dem vom Landtage zu fassenden Beschlusse einzurichten.

Ein Beschluß der Parteien Deutschböhmens über die Friedensverhandlungen.

Aus Teplitz-Schönau wird telegraphiert: Heute vormittag traten in Teplitz-Schönau unter außerordentlicher zahlreicher Beteiligung die Vertreter und Vertrauensmänner aller politischen Parteien Deutschböhmens zu einer Beratung zusammen, um zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen in Saint-Germain Stellung zu nehmen. Es wurden alle bisher bekanntgewordenen Einzelheiten einer eingehenden Erörterung unterzogen und die Möglichkeiten besprochen, die sich für die Zukunft des Landes ergeben können. Von allen Seiten wurde betont, daß kein Anlaß vorliege daran zu zweifeln, daß das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens auf der Friedenskonferenz gewahrt werde. Nach längerer Debatte wurde schließlich einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die in Teplitz-Schönau versammelten Vertreter aller politischen Parteien Deutschböhmens begleiten die Arbeiten der Vertreter Deutschböhmens, des Landeshauptmannes Dr. Lodgman und des Landeshauptmannstellvertreters Seliger bei den Verhandlungen in Saint-Germain mit dem heißen Wunsche, daß es ihnen gelingen möge, das Recht Deutschböhmens auf die Selbstbestimmung seines Schicksals zum Siege zu führen. Sämtliche Parteivertreter beharren auf ihrem Standpunkt, daß dieses heilige Recht dem deutschböhmisches Volk zugesprochen und der Zusammenschluß des gesamten deutschen Volkes in einen einzigen Staat verwirklicht werden muß. Die Vertreter der Parteien sehen daher keinen Anlaß, in ihrer Taktik eine Änderung vorzunehmen.

Verlangen der Tschechen Wiens nach einer Vertretung in der Friedensabordnung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse)

Prag, 16. Mai.

Der tschecho-slowakische Nationalausschuß für Niederösterreich, der tschechische Abgeordnete der deutschösterreichischen Nationalversammlung, die Vereinigung der tschecho-slowakischen Landtagsabgeordneten für Niederösterreich, der Klub der tschecho-slowakischen Gemeinderäte in Wien, der Klub der tschecho-slowakischen Mitglieder der Wiener Bezirksvertretungen, haben an den Präsidenten der deutschösterreichischen Nationalversammlung in Wien Karl Seitz einen Protest überreicht, in dem es unter anderem heißt:

„In dem historischen Augenblick, wo die deutschösterreichische Friedensdelegation den deutschösterreichischen Boden verläßt, um sich nach Saint-Germain zu begeben, sehen sich die gefertigten tschecho-slowakischen, bei den Wahlen am 16. Februar und 4. Mai 1919 in die deutschösterreichische Nationalversammlung, den niederösterreichischen Landtag, den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen der Stadt Wien gewählten Vertreter, ferner der tschecho-slowakische Nationalausschuß für Niederösterreich, der das Interesse sämtlicher tschecho-slowakischen politischen Parteien in Niederösterreich vertritt, veranlaßt, zu protestieren, daß bei der Zusammensetzung der Friedensdelegation auf die ein Zwölftel der gesamten Bevölkerung Deutschösterreichs zählende tschecho-slowakische Minderheit keine Rücksicht genommen wurde. Wir protestieren um so energischer, als wir sehen, daß in der deutschösterreichischen Friedensdelegation auch solchen politischen Parteien eine Vertretung zuerkannt wurde, die hinter der von uns bei der letzten Wahl erzielten Stimmen- und Mandatszahl geblieben sind und überhaupt aus dem Rahmen dieses Staates fallen. Wie erheben aber unseren Protest nicht nur deshalb, weil wir sehen, daß unsere nationalen Interessen hintangesezt werden in dem Augenblick, wo die Reichsgrenzen des Staates, dessen Grenzen und die Richtlinien seines zukünftigen inneren Lebens, sein Verhältnis zu den nahen und weit entfernten Nachbarn auf Jahrhunderte bestimmt werden, sondern auch im Interesse dieses Staates selbst, seiner künftigen Geschichte und seiner politischen Prosperität überhaupt. Wir erklären feierlich, daß wir trotz unseres Ausschlusses aus der Friedensdelegation bei geeigneten Gelegenheiten und in geeigneter Form versuchen werden, daß unsere Beschwerden und Grammina auf der Friedenskonferenz gehört werden. Die Sorge um die Zukunft unserer über 600.000 zählenden Einwohner Deutschösterreichs tschecho-slowakischer Nationalität gebietet dies uns in einem Augenblicke, wo die Minoritätsfrage diskutiert und wo unsere Fragen aufgerollt werden müssen.“ (Dieser sonderbare Protest bedarf keiner Widerlegung. Seine Kühnheit erweist sich aus dem Vergleiche der Verhältnisse in Deutschösterreich und dem tschechischen Staate, wo die Deutschen weit über die Hälfte der tschechischen Bevölkerung ausmachen, aber nicht nur durch die Vermeidung und Hinausschiebung ordnungsgemäßer Wahlen überhaupt keine Vertretung besitzen, überdies auch durch die Auflösung ihrer autonomen Körperschaften um ihre gesetzmäßige Vertretung gebracht werden. Bevor die Wiener Tschechen, die etwa ein Zwanzigtel der Stimmen in Wien dadurch aufgebracht haben, daß sie ihre längst nach Prag auszuwandern bereiten Landsleute hier fast gewaltsam zurückhielten, hochtönende Proteste veröffentlichten,

Neue Freie

Der Verfassungsentwurf der Christlichsozialen.

An dem Verfassungsentwurf der Christlichsozialen Vereinigung sind nachträglich einige Änderungen vorgenommen worden. Der Entwurf trägt jetzt den Titel: „Verfassung des deutschen Bundesstaates Österreich.“ Es ist auch die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Volksvertretung mindestens einmal jährlich in der Bundeshauptstadt Wien zusammentritt und daß Wien der Sitz der Bundesregierung ist.

Staatssekretär Dr. Deutsch über die Forderungen der Berufsmilitärgagisten.

Staatssekretär Dr. Deutsch hat an den Wirtschaftsverband der Berufsmilitärgagisten eine Zuschrift gerichtet, der die Abschrift eines Kabinettsratsprotokolls beigegeben war, dem zu entnehmen ist, daß der Nationalversammlung noch im Laufe der nächsten Woche die Gesetze vorzulegen sein werden, die bestimmt sind, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Berufsmilitärpersonen wesentlich zu verbessern und deren Wünschen im weitestem Maße entgegenzukommen. Die Bearbeitung der Gesetzentwürfe sei mit aller Anstrengung betrieben worden und sie seien zum Teil schon fertig, zum Teil schon so weit vorgeschritten, daß sie in den nächsten Tagen reif zur Vorlage sein werden.

Aus dem Kabinettsbeschlusse ist weiter zu entnehmen, daß die sofortige Schaffung einer Dienstpragmatik für die Berufsmilitärpersonen der deutschösterreichischen Wehrmacht beschlossen wurde, die der Dienstpragmatik der Zivilstaatsbeamten nachzubilden ist, soweit nicht die besonderen Verhältnisse des Militärdienstes Abweichungen erheischen, worin demnach die grundsätzliche Gleichstellung der Berufsmilitärpersonen mit den anderen Staatsbediensteten ausgesprochen werde.

In der Zuschrift heißt es dann weiter: Die tatsächliche Uebernahme aller Berufsmilitärpersonen in die deutschösterreichische Wehrmacht ist derzeit unmöglich, weil nicht bekannt ist, wer derzeit Deutschösterreich ist und weil weder die Größe des Staatsgebietes noch der Umfang der Wehrmacht bekannt ist; diese Verhältnisse werden aber hoffentlich in kürzester Zeit zu übersehen sein, da wir doch damit rechnen können, die Friedensbedingungen in Kürze endgültig zu erfahren. Wegen der Uebernahme in den Zivilstaatsdienst ist darüß allerdings nicht übersehen werden, daß auch die meisten Zweige der Zivilverwaltung an einem Ueberschuß von Beamten leiden. Hinsichtlich der Bemessung der Versorgungsgebühren wurden in letzter Zeit mehrere Entschcheidungen getroffen, wodurch den Wünschen im weitestem Maße entgegengekommen wird.

Der Kabinettsrat hat die sofortige Vorlage von Gesetzentwürfen angeordnet, womit die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen mit der Versorgung der Zivilstaatsbediensteten und ihrer Hinterbliebenen in Uebereinstimmung zu bringen ist und womit die Bestimmungen des vom Staatsamt für soziale Verwaltung ausgearbeiteten Versorgungsgesetzes für Nichtaktive und ihre Familien (Invalidentätsgesetz) auch den hiesfür in Betracht kommenden Berufsmilitärpersonen und ihren Hinterbliebenen zugute kommen sollen. Schon mit einem früheren Beschlusse hat der Kabinettsrat zugestimmt, daß den seit 1. November 1918 in den Ruhestand getretenen Berufsmilitärpersonen alle jene Begünstigungen zuteil werden sollen, die dem zwangsweise pensionierten Zivilstaatsbediensteten zugestanden worden sind. Die Staatsverwaltung war schon bisher unablässig bemüht, das Los der Kriegsgesangenen zu verbessern und sie baldigst in die Heimat zurückzubefördern, leider mit Rücksicht auf unsere Lage nicht mit dem gewünschten Erfolg. In letzterer Zeit wurde das Kriegsgefangenenamt errichtet, das sich mit aller Hingebung dieser Aufgabe widmet und von dessen Tätigkeit wir uns besondere Erfolge erhoffen. Was die Forderung nach Bewilligung einer Teuerungszulage anbelangt, wird darüber mit dem Staatsamt für Finanzen noch verhandelt. Durch die erwähnten Verbesserungen der Versorgung ist auch für die durch neuerliche Kampfanlagen sich etwa ergebenden weiteren Versorgungsfälle besser als bisher vorgesorgt.

Der Wirtschaftsverband der Berufsmilitärgagisten hatte noch nicht Gelegenheit, zu diesen Mitteilungen Stellung zu